

**Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 28.06.2007**

Vorlage Nr. 07-F-24-0006

**Zukünftige Ausrichtung des ÖPNV in Wiesbaden  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und FDP vom 20.06.2007 -**

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass

- der ÖPNV in Wiesbaden auf der Grundlage von Liniengenehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben wird, die der ESWE erteilt sind und am 30. September 2009 auslaufen. Nach dem PBefG benötigt derjenige, der Linienverkehre mit Bussen betreiben möchte, eine Liniengenehmigung.
- das Europäische Parlament am 10. Mai 2007 die Verordnung in der Fassung des „Gemeinsamen Standpunktes“, vom 11. Dezember 2006 mit wenigen Änderungen akzeptiert hat. Es wird erwartet, dass der Rat und die Kommission dem Votum des Europäischen Parlamentes folgen, so dass die Verordnung in wenigen Monaten im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden wird.
- über einen Wiedererteilungsantrag für die Linienverkehrsgenehmigungen zum 01. Oktober 2009 einige Monate vorher entschieden werden muss, die EU-Verordnung jedoch erst „Herbst 2009“, d.h. 2 Jahre nach Veröffentlichung in den Amtsblättern und der Umsetzung in nationales Recht in Kraft treten wird, so dass die Genehmigung nach „altem Recht“, zu erteilen ist.
- demzufolge Linienverkehre nach altem und nach neuem EU-Recht als eigenwirtschaftliche Verkehre genehmigt werden können.
- nach der geltenden Rechtsprechung und nach einer Erteilung der Genehmigung zur Durchführung des ÖPNV in Wiesbaden ein Ausschreibungsverfahren möglich, aber nicht zwingend erforderlich ist.
- die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) weiterhin in Verantwortung der kommunalen Hand bleiben soll. Der bisherige Weg, eine Ausschreibung der Verkehre vorzubereiten der nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts jetzt nicht mehr notwendig ist, wird damit verlassen.

Deshalb wird der Magistrat gebeten,

- einen neuen Nahverkehrsplan vorzulegen der die bisherigen Grundlagen aufnimmt und eine Optimierung des ÖPNV Angebotes in Wiesbaden zum Ziel hat.
- eine Steuerungsgruppe innerhalb der Wiesbadener Verkehrs- und Versorgungsholding einzurichten. Die Steuerungsgruppe soll die Maßnahmen einleiten und vorbereiten, die es ESWE Verkehr oder WiBus ermöglichen im Genehmigungsverfahren die Konzession zur Durchführung eigenwirtschaftlicher Verkehre im Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erlangen. Die Steuerungsgruppe soll die Arbeitsgruppen „AG1 Verkehr ( Nahverkehrsplanung)“, und „AG 2 Genehmigungsverfahren“, einrichten.

**Beschluss Nr. 0314**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 20.06.2007 betr.

Zukünftige Ausrichtung des ÖPNV in Wiesbaden

wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2007

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-  
management aufgenommen.**

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .07.2007

1. Dezernat I i.V.m. Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:  
Dezernat IV  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister